

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

227 (28.9.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-455519](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-455519)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 100.00 Mark, das 7.00 Mark Beleggeld, bei Abholen von der Expedition 100.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 300.00 Mark, monatlich 100.00 Mark ausschließlich Beleggeld.

Republik

Preis M. 4.50

Bei den Inseraten wird die ein- spaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Interzeilen in Klüppeln, Halbspalten und Umgekehrt, 300 Mk. berechnet, Familien - Anzeigen 2.00 Mk. für Proben aus wichtigeren Interzeilen 4.50 Mk., Proben aus Restzeilen die - Millimeterzeile 15.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt. - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland.

Hauptredaktion: Deisterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 28. September 1922 * Nr. 227

Redaktion: Deisterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Die Neuorganisation der Arbeitsvermittlung.

Von Bürgermeister Friedrich Hees.

Eine gute und zweckentsprechende Arbeitsvermittlung wird immer mehr zur unerlässlichen Notwendigkeit. Zunächst soll die Aufhebung des schließlichen generellen Mittelstandes festgestellt und die Zahl der in abhängiger Beschäftigung stehenden Personen gemindert, ferner aber auch, weil die rasche Unterbringung der Arbeitslosen und die Hebung über die Lage des Arbeitsmarktes eine Voraussetzung für die einseitige Fortentwicklung der Wirtschaft ist. Die Zeit vom Mittelalter von den Römern, später auch von den germanischen Stämmen und neuerdings ebenfalls von Feudalgesellschaften unterhaltenen Arbeitsmarkt zu erforschen ist sogar als nachteilig, weil die Arbeitslosen vertrieben, wie z. B. die Erziehung möglichst hohen gesellschaftlichen Standes und die Beförderung der Arbeitsehemung. Die zur Abwehr von den Arbeitsehemungsverdächtigten geschlossenen Arbeitsvermittlungsinstitutionen konnten nach Lage der Sache nie zu einer rechten Mäße kommen. So wurde vor etwa einem halben Jahrhundert, zuerst von England aus, vertrieben, „unparteiische“ oder „gemeinnützige“ Arbeitsnachweise eingeführt. Aber auch die erstarrten bis heute gebliebenen Einrichtungen. So kam es, daß sich erst eine drei Jahrzehnte die Gemeinden, zunächst die großen Städte, der Sache annahm und formale Arbeitsnachweise errichteten.

Die erste Kriegsjahre brachte eine große Zahl von Arbeitslosen und es erging die amtliche Anweisung an die Gemeinden, die Arbeitsvermittlung auszubauen. Durch Verordnung des Bundesrats vom 14. Juni 1916 wurden die einzelnen Länder ermächtigt, die Gemeinden oder Gemeindeverbände zu verpflichten, öffentliche Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen sowie zu den Rollen mitbenutzt von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweisen beizutreten. Die einzelnen Gemeinden errichteten entsprechende Anordnungen und errichteten öffentliche gemeindliche Arbeitsnachweise neu errichtet. Das Bild, das die Arbeitsvermittlung im ganzen Reich bot, war aber ein recht unzufriedenstellendes und der Notwendigkeit, auf dem die Arbeitsnachweise standen, ein recht schlechtes. Es wurde daher der Ruf nach einer neuartigen Regelung immer nachdrücklicher erhoben. Das nach unternommen im Reichsgesetz vom 4. August 1922 veröffentlichte „Arbeitsnachweisgesetz“ bildet deshalb einen hervorragenden Meilenstein in der Entwicklung der Arbeitsvermittlung. Schon weil es das erste einschlägige Reichsgesetz ist.

In der Sache selbst übernimmt es freilich schon weitverbreitete Einrichtungen und es erging zu erforschen nicht schwer. Der größte Teil der Aufgaben der Arbeitsvermittlung ist fernerhin, öffentliche Arbeitsnachweise für seine Zwecke, die ein Wirtschaftszweig bilden und die gute Verkehrsverbindungen besitzen, Landesarbeitsämter für Arbeitsvermittlung für größere Bezirke, namentlich Provinzen, und das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. In der Regel ist für jeden Bezirk eine untere Vermittlungsbehörde ein öffentlicher Arbeitsführer zu errichten und zwar je, daß jede Gemeinde von einem öffentlichen Arbeitsnachweis erfüllt ist. Das Reichsgesetz jedes Arbeitsnachweises legt die oberste Landesbehörde fest. Dabei ist sie an politische Grenzen nicht gebunden.

Die Bestellung der öffentlichen Arbeitsnachweise wird durch eine Entzug geregelt, die von der „Gemeinschaftsgemeinde“ erfolgen wird. Die Entzug kann bestimmen, daß für weibliche Arbeitnehmer besondere Abteilungen unter fachmännischer weiblicher Leitung zu errichten sind. Für jeden öffentlichen Arbeitsnachweis ist ein Vermittlungsamt zu bilden. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises und mindestens je drei Arbeitsführer und Arbeitsnehmer als Beisitzer. Unter den Beisitzern sollen Frauen befinden. Der Vorsitzende, der die Vermittlung führt, wird von der Gründungsgemeinde bestellt. Diese beruft auf die Weisung, und zwar ist sie dabei an Vorschläge gebunden, die von der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeleitet sind. Diesen mehrere solche Vorschläge vor, so geschieht die Bestellung der Beisitzer nach dem Umfange der Vereinigung. Wer von den Verbänden vorgeschlagen wird, gilt auch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, selbst wenn er das nicht ist, wie z. B. Gewerkschafts- und Arbeiterführer. Wenn die Bestellung der Beisitzer kann den vorgeschlagenen Vorschlägen der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeleitet werden, die mindestens 24 Jahre alt und mindestens sechs Monate im Besitz einer Gründungsgemeinde wohnhaft oder beschäftigt sind. Die Beisitzer werden auf drei Jahre bestellt.

Der Vermittlungsausschuss entscheidet etwaige Beschwerden gegen die Geschäftsführung, die er durch eine Geschäftsführung regelt. Der Geschäftsführer und die Arbeitsvermittler werden von der Gemeinde auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses bestellt. Für den Arbeitsnachweis ist auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses von der Gemeinde ein Doppelbüro auszustellen. Nach Bedarf sind bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen Fachabteilungen und Abteilungen für Angestellte zu bilden. Ob ein Beisitzer zur Bildung einer Fachabteilung bestellt wird, bestimmt die Gemeinde innerhalb des Bezirkes stehenden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für jede Fachabteilung und jede Abteilung für Angestellte ist ein Fachamtsleiter zu bilden.

Ein besonderer Vorgesetzter regelt die Vermittlungstätigkeit. Dieser muß für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unparteiisch sein. Weibliche Arbeitnehmer sind zunächst durch Sonderabteilungen weiblicher Angehöriger zu vermitteln. Soweit ein Tarifvertrag besteht, hat der öffentliche Arbeitsnachweis die Vermittlung letzterer Arbeitnehmer zu betreiben. Arbeitgeber nur zu tariflich ausfalligen Verbindungen vorzunehmen, sofern sich die Vermittlung des Tarifvertrages nicht zugehen, hat der öffentliche Arbeitsnachweis eine Vermittlung übernahm annehmen. Bei Streitigkeiten aus Ausprägungen hat der Arbeitsvermittler den Streitigkeiten davon in Kenntnis zu setzen und die Vermittlung nur dann vorzunehmen, wenn sie trotzdem verlangt wird. Ebenso dürfen ausfallende oder ausgeschiedene Arbeitnehmer nur vermittelt werden, wenn dem Arbeitgeber oder vorher beizugehören wird, daß er sich um solche Arbeiter handelt. Das Gesetz bringt ein neues Verfahren vor, das besteht, daß gegen die Entscheidung des Landesarbeitsamtes anrufen werden kann.

Revolution in Griechenland.

Die Kriegsfolgen: Heer und Marine neuern. - Rücktritt der Regierung. - Die Abdankung des Königs.

Nach heutigen Meldungen aus London ist gestern das griechische Regierungskabinett zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte unter dem Druck der Niederlage, die die griechischen Truppen in Mithras erlitten. Es sind „griechische“ im verfallenen Staat der Nation, ganz besonders unter der Präsidentschaft, eine feste Regierung mit strenger Ermessung auszuüben, so sich die griechische König Konstantin verweigert, die Folgen zu sichern und gänzlich abzusankern.

Die vorliegenden Meldungen aus Griechenland kommen nicht mehr ganz überraschend. Mit dem Rücktritt des Kabinetts war jeder Tag zu rechnen und auch die Abdankung des Königs war durch die Ereignisse der letzten Tage und Wochen fast in Willkürschick gesegnet worden. Die Lage der kriegsmüden türkischen Truppen in den kesselförmigen Gebieten drängte die eingedrungenen Griechen aus dem türkischen Gebiet hinaus und besonders der Fall der alten Stadt Smyrna und deren Aussehen in Flammen wie auch die neuerdings eingetretene empfindliche Verletzung Konstantinopels (was übrigens die alte türkische Regierung inmitten der Entente-diplomaten hat und ihres Schicksals harter) trieben die Dinge in Griechenland mehr und mehr einer Klärung zu. Einzelne symptomatische Vorfälle des Weltkrieges wiederholten sich hier in kleinerem Maßstabe.

Die irische Grundfrage der gegenwärtigen Dinge in Griechenland stellt der Betrag von Gelder dar. In diesen wurden nach Abschluß des Weltkrieges den Griechen allerlei bisher in türkischen Besitz befindliche Gebiete zugespundet, und als die griechischen Truppen nach diese Gebiete im Auftrage der Allierten Regierung in Besitz nehmen wollten, erobert sich in Angora der türkische Kemal Pascha und organisierte gegenüber Griechenland einen Widerstand, der zum offenen Kampf überführte Griechenland. Die offizielle türkische Regierung in Konstantinopel hat zwar mit der Sache nichts zu tun (sie ist jedoch von den Entente-Mächten hart bedrängt), indes hat sie, Kemal Truppen gegen und die Dinge mehr in seine Hand, zum Schlimmen Griechenland und zum Verdruss der Entente, deren Pläne und Regierungen jetzt über den Dingen geworden werden. Denn der Vertrag gegen die Türkei ist wirtschaftlich und geographisch eine ärmliche ungenügende Sache wie der gegen Deutschland und Österreich. Kein Wunder, daß sich die Türkei abspalten lassen. Kein Wunder, daß sie sich in seinen Augen nicht einverstanden waren. - Doch darf eines bei der ganzen Angelegenheit nicht übersehen werden: Die Uneinigkeit der Entente in dieser Frage. Frankreich und England stehen hier in einem Gegensatz zueinander. Alle Orientalisten, alle Orientalen schufen diesen, und fast Frankreich ist es, das die kesselförmigen militärischen Aktionen begünstigt. Diplomatisch wie militärisch. Sehr zum Verger England, das die Beratung mit anderen Augen ansieht und das jetzt seine Stellung über die Weltverhältnisse ändert, um sich aus der Bedrohlichkeit herauszuwandern. England hatte Griechenland erst große Hoffnungen gemacht, erklärte aber, daß seine diplomatischen Mittel nicht ausreichten, um die kesselförmigen Operationen zum Stillstand zu bringen. Sogar England wie auch Frankreich diplomatischen nun hin und her, um, jeder in seinem Sinne, in griechisch-türkischen Streitigkeiten das zu auch ein europäisches ist) zu Vorteil und Ruhe zu kommen und an anderen

Tagen schien es, als ob die Differenzen zwischen London und Paris Schlichtung auslösen wollten. Jedes wird man sich schon zu einigen verstehen und die Dinge im Verlauf zu klären versuchen. Schlimm aber bleibt, auf alle Fälle die genaue Erklärung des Unentschiedens, die zwar glaubig, einen allen gleichermaßen schmerzhaft zu haben, deren Verhandlungen aber neue Flammen hochzulassen ließen. Wenn weil sie die europäischen Probleme weniger mit Griechenland und Mithras als vielmehr mit Gewalt und Anstrengung zu lösen verfuhr. Doch jedoch aus dem kesselförmigen Flammenhaufen nicht neue europäische Streitigkeiten wuchsen, ist eine Sorge auch der Arbeiterwelt, es ist daher verständlich, wenn, wie an anderer Stelle unter dem Titel: „Rücktritt der Regierung“, die kesselförmigen Internationalen ihre Verarmung erleben läßt.

Der König Konstantin ist bekanntlich ein Schwager Wilhelms II. Während des Weltkrieges machte er schon einmal sein Land verlassen und in die Schweiz gehen. Die Nachfolge sollte damals sein Sohn Alexander übernehmen, der indes auf sehr geheimnisvoller Weise starb. Nach dem Friedensschlusse lebte Konstantin nach Griechenland zurück, wurde wieder König, um nun endlich die Krone abzulegen. Mit Königen bringt man heutigen Tage eben um wie früher mit abgelegten Kleidern.

Die politische Entwicklung in Griechenland nimmt den Verlauf, der nach der Instabilität der Niederlage der griechischen Orientarmee zu erwarten war. Es ist anzunehmen, daß auch diesmal der große Politiker Venizelos die Kontrolle Konstantinopel unternehmen wird. Während Konstantin seine Kompetenzen in England suchte und fand, hat Venizelos seine Heimat in Paris. Im übrigen ist nicht anzunehmen, daß sich der Staat in Griechenland wesentlich ändern wird. Ein radikales Demokratie oder Konstitutionalismus und Verfassungsfragen sind die Politiker in Griechenland alle, und der Traum von einer radikalen Konstitutionalismus wird man nicht leicht in der Hand zu führen fortzuführen. Wohlstand allerdings hat Kemal Pascha in der Verwirklichung dieses Traumes einen Meilenposten. Seine Truppen stehen hauptsächlich im Bereich des Konstantinopels. Die allmähliche Regierung von Konstantinopel, die vollständig im Range der Entente und vor allen England steht, geriet sich damit vor, dem ungeliebten Kaiser der Osmanen, Kemal Pascha, Platz zu machen.

Unser freier hat England vorläufig noch, dem folgenden Kemal einen kesselförmigen Umgang in Konstantinopel zu gestatten, aber es handelt sich nicht um ein mehr als um ein Maßgebendes, nachdem die englische Regierung auf der Orientkonferenz in Paris den Forderungen Kemal Paschas in allen wichtigen Punkten nachgegeben hat. Zwar ist die Lage derzeit noch nicht ganz durchsichtig, und man kann nicht erkennen, daß England auf der großen Orientkonferenz, an der unter anderem auch zwar Japan, Belgien und Rumänien, nicht aber die an der Dardanellenfront intervenierten Türkei, Bulgarien und Rumänien, teilnehmen sollen, verfahren wird, seine Forderungen an die neutralistische Regierung in verschiedenen Punkten einschneidend. Aber so viel ist doch schon klar, daß die Türkei wieder der Konstantinopel sein werden und daß ihnen auch das europäische Hinterland von Konstantinopel, Ep-Thracien bis zur Karpatenlinie mit Einschluß Westrusslands, in irgendeiner Form zugespundet werden wird.

Demagogie.

Auf der Verteilung der sogenannten Deutschen Volkspartei in Preußen hat Herr Dr. Stresemann, a. a. auch die Behauptung aufgestellt, daß die gegenpolitische Selbstverwirklichung eine Folge der Verfallungspolitik sei. Die „Germania“, das Organ des Reiches, läßt diese demagogischen Verdächtigungen des „jungen Mannes“ von Herrn Stresemanns Jugendrechtsprechung fallen, wobei, von der man nur sagen kann, daß sie reichlich verdient ist.

Herr Stresemanns Darstellung ist zum mindesten sehr lächerlich. Welche unterliegen zu sagen, was gekommen wäre, wenn wir die Forderungen der Entente abgelehnt hätten. Darauf muß bei einer Kritik der sogenannten „Verfallungspolitik“ immer wieder hingewiesen werden, was aber leider von den Kritikern nie geschieht. Man verweigert sich nur die Frage, wie sie damals war. Eine Verweisung untererwärts hätte bestimmt den Einmarsch der Interventionstruppen ins Ruhrgebiet zur Folge gehabt. Die Franzosen hätten auf unsere Kohlenabgabe ihre Hand gelegt und Deutschland hätte dann keine eigene Kohle gegen andere Welt von Frankreich kaufen müssen. Auch von dem damals überflüssigen im hohen Maßstab. Bei der allmählichen Ermattung, wie sie jetzt Zeit in der Welt herrscht, würden wir mit dem Verfall von ganz Oberflächlichkeiten rechnen. Das würde die Forderungen der Ruhrabgabe für eine bessere Gestaltung gemindert wären, wird Herr Stresemann selbst nicht bestreiten wollen. Die Schritte der Franzosen nach dem Ruhrgebiet ist es heute noch nicht genügend geworden. Das der Erklärung ihrer Diktatorischen im Ruhrgebiet, ist nicht zuletzt der wirtschaftlichen Überhand, der heute einem Verarmen der Franzosen im Ausland, auch in chemole heimlichen, besprochen wurde. Damit können wir die Stimmung so, daß kaum ein Überdauern laßt geworden wäre. Es ist in sich doch ein Erfolg der „Verfallungspolitik“, daß jetzt von der Ruhrgebiet loszulassen ein neuerlicher Fall liegt, der ein ernstliches Hindernis für die internationalen Beziehungen darstellt. Im übrigen betrifft der große Streik unsere Erklärung von der Verarmung der Ruhrgebiet. Das haben wir schon, das noch andere Leute die Schuld auf die Männer, deren Weltanschauung unser wirtschaftliches Hand verhalten haben soll.

Das „A. Z.“ weiß mit Recht darauf hin, daß die Ruhr...

Aus dem preuss. Landtag

Das Berlin wird uns berichtet: Der preussische Landtag trat am Freitag...

Zerlegungsgesetze müssen auf ein erfolgreiches Werk zurückgeführt werden...

Preussische Dispositionen.

Der Ministerrat des preussischen Landtages beriet am Mittwoch über die Geschäfts- und Beschäftigung...

Politische Rundschau.

Rückblick auf Kriegszustände. Seit längerer Zeit sind in den Verfassungen...

Der Ausschuss für die Saar-Abtretung. Der Ausschuss für die Abtretung...

Wahlkreisfragen. Der Reichsausschuss für die Wahlkreisfragen...

Im der Verlage schließen wir heute die Erinnerungen des Kaisers...

Berichtliches.

Schwergericht Oldenburg. 4. Sitzung, Dienstag den 20. September...

Begen Raubes worden angeklagt 1. der Schloffer Leo Schoumacker...

6. Sitzung, Mittwoch den 27. September, Abend 8 1/2 Uhr. Vorsitzender...

47 Eingabenberichte wurden ohne Erörterung nach den Auswahlforderungen...

Bei der ersten Beratung des Gesetzesentwurfes über Ermächtigung der Berufsschulpflicht...

Befolgungs-Verhandlungen.

Am heutigen Donnerstag nachmittag beginnen, wie bereits gemeldet...

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

Philipp Dorn war auf alle diese Leute eifersüchtig gewesen, und es wurde...

Als Mutter zeigte sie sich oft genug ganz kindlich unvernünftig, ohne jede...

Das alles ließ Philipp Dorn in diesen schlaflosen Stunden an seiner Seele...

Es war kaum sieben Uhr, als ihn schon wieder ein helles Durzoo...

Was ist das? Was hat sie zu tun? Was ist das? Was ist das? Was ist das?

mit großen Augen demurchschaut an und entsetzt ist ihm Ideen, als wenn...

Aber er ist zu müde, der arme Philipp. Trotz des Räusens schließt er...

Er kommt zum Frühstück herüber. Natürlich: keine Frau, kein Kind...

Nach einer solchen Nacht, nach einem solchen Erwarten ein solches...

(Fortsetzung folgt.)

Beilage.

Soziales.

Arbeitsvermittlung und Dienstleistungsgewerbe. Das Reichsgesetz vom 4. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt S. 825) sieht eine anderthalbfache Berechnung der während des Krieges 1914/18 im Reichs- oder Militärdienst zurückgelassenen Dienstzeit vor, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat und nicht infolge Ausrechnung von Kriegsjahren oder Doppeldienstzeit über zu rechnen ist oder in der Kriegsdienstzeit, oder im Militärdienst eines dem Reich nicht angehörigem Staatsangehörigen besteht. Dies ist von Bedeutung für die ehemaligen Kapitulanten, die keine Dienstbeschäftigung erlitten haben. Die auf Grund mindestens 13jähriger Dienstzeit vorerwähnter Dienstleistungen ehemaligen Kapitulanten können hierdurch eine höhere Dienstzeit erlangen, ehemalige Kapitulanten mit einer längeren als 18 oder 20jährigen Dienstzeit können nachträglich eine mindestens 18- oder 20jährige Dienstzeit erlangen und damit einen Anspruch auf Dienstleistungsgewerbe erwerben, letztere jedoch nur, falls eine Rinderzahlung ihrer Kriegsdienstzeit um wenigstens 10 Prozent bei der Ermittlung noch nicht zweifelsfrei nachweisbar ist. Die Zahlung der höheren oder erstmaligen Versorgungsgebühren beginnt frühestens mit dem 1. April 1920. Ehemalige Kapitulanten, deren Versorgungsgebühren noch nicht unter Berücksichtigung vorgenannter Gebührenerhöhung festgesetzt worden sind, tun gut, einen entsprechenden Antrag bei ihrem Versorgungsamt einzureichen, da die Stellung und Bestimmung von Amts wegen nur bei der Durchsicht ihrer Akten — insbesondere gelegentlich bei Umarbeitungen, nach dem RAGB. — erfolgen kann.

Die Kollage der Anwaltsangehörigen. Auf Einladung des praesidialen Ministeriums für Handel und Gewerbe beschickten sich, wie bei amtliche Berufliche Präsidenten, am Freitag Vertreter der Anwälte und des Berliner Anwaltsvereins mit der Kollage der Angehörigen. Am Freitag kamen ferner Vertreter des Reichsarbeits-, des Reichsjuristen- und des preussischen Justizministeriums. Der Zweck der Anwaltskollage war trotz Einladung nicht derart, die Angehörigen der Anwaltschaft zu veranlassen, die Kollage der Anwaltskollage hin, die von den Vertretern der Ministerien ebenfalls anerkannt wurde. Insbesondere wurde von den Vertretern der Justizministerien eine baldige Erhöhung der Gebühren in Aussicht gestellt. Zur Kollage der Angehörigen erklärten die Regierungsvertreter, daß sie bei der ausgedehnten Beschäftigung schwer abgesehen sei, doch seien die Demobilisierungsmasse bereits durch Ausstellungen von Angehörigen, die in letzter Zeit mehrfach vorgenommen wurden, wurde dringend genannt. Im übrigen wurde festgesetzt, daß eine grundlegende Besserung der Verhältnisse im Wege der Beschäftigung angestrebt werden müsse, zu der die bedürftliche Unterstützung ausgereicht wurde.

Zum internationalen Zusammenschluß der Bauhandwerker. Der Vorstand der Bauhandwerker, Wohnungs- und Baugewerkschaften unterbreitet der ersten internationalen Bauhandwerkerversammlung am 4. Oktober in Wien. In dieser Versammlung wird, neben der Gründung einer internationalen Bauhandwerkervereinigung, deren Zweck soll sein: 1. Verbindung aller Bauhandwerkervereinigungen (Landesvereine) und verwandter Zentralorganisationen oder Organisationen und Tätigkeit der einzelnen Glieder sowie über ihre gemeinsamen Interessen, 2. Ausarbeitung von gemeinsamen wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen zwischen den Zentralorganisationen einzelner Länder, 4. Einleitung einer internationalen Propaganda für die Bauhandwerkervereinigung und die Gewerkschaften überhaupt.

Oldenburg und Ostfriesland. Notstandsaktionen.

Aus dem Ministerium für soziale Fürsorge wird geschrieben: Die der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, bemüht sich die oldenburgische Staatsregierung bei allen in Frage kommenden Kreisen der Landbevölkerung in Betreff des Notstands, um nach Möglichkeit eine weitestgehende Beseitigung zu erreichen, um nach Möglichkeit im Wege freiwilliger Anwendungen ausreichende Mittel zu erhalten zur Bekämpfung der schweren Not der Sozialrentner, der Kleinrentner und der sogenannten Rentenlosen und sonstigen bedürftigen Bevölkerungsklassen. Die Haften des Notstands und der Gemeinden sind erschöpft und infolgedessen freiwillige Hilfsaktionen bringen nicht mehr die Vermittlungen der Staatsregierung zum Erfolg geführt worden, ist die Organisation der Notstandsaktionen. Diese hat sich jetzt bereit gefunden, ein erhebliches Quantum von 60 000 Zentner Getreide zu einem um 75-80 Prozent ermäßigten Preis zur Verfügung zu stellen, obwohl anerkannt werden muß, daß durch den fast außerordentlichen Anstieg der Getreidepreise Produktionsausfälle entstanden sind. Dadurch, daß ein großer Teil des zum Notstand ausgesetzten Getreides im Herbst nicht mehr

Wilhelm gegen Bismarck.

II.

Zum Grafen Herbert habe ich gute Beziehungen gehabt. Er kam ein lustiger Gesellschaftler sein und verstand es, interessante Männer um seinen Tisch zu sammeln, die zum Teil aus dem Kaiserlichen Amt, zum Teil aus anderen Kreisen kamen. Aber zu einem wirklichen Freundschaftsverhältnis ist es nicht gekommen. Das zeigte sich bei seinem letzten Besuche in Oldenburg. Ich habe ihn besucht, er hat mich besucht, die Tradition in der Politik fortzuführen, er hat die harte Arbeit getragen und Dienste zu leisten; man kann unmöglich von ihm verlangen, daß er mit der Krone unter dem Krone bei jemand anders zum Notstand antrete als bei seinem Vater.

Als der nun erkrankte Herzog Nikolaus II. großjährig wurde, erhielt ich auf Antrag des Fürsten Bismarck den Auftrag, dem Großfürsten die Erbschaft in Petersburg den Schwarzem Alexander zu überreichen. Sowohl der Kaiser wie der Fürst befehligen mich über die Beziehungen der Kaiser und Kaiserin zu dem Kaiserlichen Amt, zum Teil aus anderen Kreisen kamen. Aber zu einem wirklichen Freundschaftsverhältnis ist es nicht gekommen. Das zeigte sich bei seinem letzten Besuche in Oldenburg. Ich habe ihn besucht, er hat mich besucht, die Tradition in der Politik fortzuführen, er hat die harte Arbeit getragen und Dienste zu leisten; man kann unmöglich von ihm verlangen, daß er mit der Krone unter dem Krone bei jemand anders zum Notstand antrete als bei seinem Vater.

Als der nun erkrankte Herzog Nikolaus II. großjährig wurde, erhielt ich auf Antrag des Fürsten Bismarck den Auftrag, dem Großfürsten die Erbschaft in Petersburg den Schwarzem Alexander zu überreichen. Sowohl der Kaiser wie der Fürst befehligen mich über die Beziehungen der Kaiser und Kaiserin zu dem Kaiserlichen Amt, zum Teil aus anderen Kreisen kamen. Aber zu einem wirklichen Freundschaftsverhältnis ist es nicht gekommen. Das zeigte sich bei seinem letzten Besuche in Oldenburg. Ich habe ihn besucht, er hat mich besucht, die Tradition in der Politik fortzuführen, er hat die harte Arbeit getragen und Dienste zu leisten; man kann unmöglich von ihm verlangen, daß er mit der Krone unter dem Krone bei jemand anders zum Notstand antrete als bei seinem Vater.

trudnet und zum Verkauf gebracht werden kann, wird dieser minderwertig und zum großen Teil durch sich ganz vernichtet. Es ist deshalb notwendig zu betrachten, daß sich die Erzeuger demnach beteiligen können, dieses nicht unethische Opfer auf sich zu nehmen und die schwere Last der Vermittlung unter den Armen durch sofortige Lieferung der benötigten Getreide zu einem Teil lindern zu helfen.

Im vergangenen Freitag wurde mit den Vertretern des Verbandes ostfriesischer Landwirte e. V. ein Abkommen getroffen, das in außerordentlichem Maße der sozialen Not der bedürftigen Kreise Rechnung trägt. Die der Organisation angehörenden Landwirte (Zornheide und Steierberger) haben sich bereit erklärt, sofort 1500 Zentner Getreide (den Zentner zum Preis von 34 Mark für Weißbrot) dem Ministerium für soziale Fürsorge zur Verfügung zu stellen. Ein ebenso großes Quantum zu demselben Preise soll ebenfalls durch freiwillige Abgabe von den der Organisation nicht angehörenden Landwirten aufgebracht werden. Der Landesverband hat der Staatsregierung seine Unterstützung ausgedrückt, auch das soziale Quantum zu helfen und die feststimmte Bezahlung auszusprechen, daß diese Menge zur Steigerung der sozialen Not ebenfalls freiwillig abgegeben wird. Von der Einsicht und Solidarität der nicht der Organisation angehörenden Landwirte wird erwartet, daß auch sie zu der sozialen Hilfeleistung bereit sein werden. Sollte von diesen eine freiwillige Hilfeleistung nicht erzielt werden, würde die Regierung dadurch in die Zwangslage versetzt, das soziale Quantum von den sich weigern Landwirten im Einvernehmen mit dem Landesverband durch Beschuldigung und Festlegung eines Höchstpreises aufzubringen. Dies wäre jedoch zu bedauern, weil dadurch der grundlegende Charakter einer freiwilligen Hilfeleistung verloren ginge. Es wird deshalb auch an dieser Stelle die Erwartung ausgesprochen, daß auch alle nicht organisierten Landwirte den von den Verbandsangehörigen beschlossenen Weg bereitwillig einschlagen werden.

Durch die Lieferung einer Menge von 3000 Zentner Getreide zu den verminderten Preisen bringt die Landbevölkerung für die Abgabe ein Opfer, das in Geld umgerechnet nicht über 3000 000 Mark ausmacht. Wenn von den übrigen Kreisen Getreide in ähnlicher Höhe gemacht werden, so kann der Not der Armen in erheblichem Maße gesteuert werden. Um möglichst alle Lebensmittel zu vermeiden, hat das Staatsministerium auf Anregung des Landesverbandes ein fruchtbares Beschlüsse fassen der Lebensmittel mit Rohstoffen unter dem Namen der Lebensmittel angeordnet. Auch sind die unteren Verhältnisse, um eine vollständige Bekämpfung der sozialen Not zu erreichen, werden die Regierung durch die Verteilung des Getreides mitwirken zu können, ist das Ministerium der sozialen Fürsorge bereit nachzugehen. Einigen Vertrauensleuten der Landesregierung ist durch Anweisung die Ermächtigung erteilt, auf Ort und Stelle sich über den Fortschritt der Verteilung zu informieren. Zur weiteren Durchführung der Hilfsaktion werden in der nächsten Woche in den einzelnen Orten Versammlungen der Landesregierung abgehalten werden, in denen ein Vertreter des Landesverbandes und ein Vertreter des Ministeriums über die Verteilung des Getreides zu sprechen werden. Die Teilnahme der Landesregierung an diesen Versammlungen werden in Tag und Stunde der Ort und die Ermächtigung erteilt, auf Ort und Stelle sich über den Fortschritt der Verteilung zu informieren. Zur weiteren Durchführung der Hilfsaktion werden in der nächsten Woche in den einzelnen Orten Versammlungen der Landesregierung abgehalten werden, in denen ein Vertreter des Landesverbandes und ein Vertreter des Ministeriums über die Verteilung des Getreides zu sprechen werden. Die Teilnahme der Landesregierung an diesen Versammlungen werden in Tag und Stunde der Ort und die Ermächtigung erteilt, auf Ort und Stelle sich über den Fortschritt der Verteilung zu informieren.

Wichtige Entscheidung über die Löhne der Handwerkerleistungen.

In Offen hatten sich, wie fast überall, die Handwerkerorganisationen gegenüber dem Verlangen der Gewerkschaften, die Lehrlingslöhne künstlich zu regeln, ablehnend verhalten. Der Metallarbeiterverband hatte deshalb, des langen Wartens müde, den Schlichtungsausschuss angereizt, der auch gegen verschiedene Annahmen Schlichtungssprüche fällte, durch die die Lehrlingslöhne festgelegt wurden. Die Annahmen der Gewerkschaften wurden nicht angenommen, weshalb die Gewerkschaften die Verhandlungen aufbrach. Die Annahmen der Gewerkschaften wurden nicht angenommen, weshalb die Gewerkschaften die Verhandlungen aufbrach. Die Annahmen der Gewerkschaften wurden nicht angenommen, weshalb die Gewerkschaften die Verhandlungen aufbrach.

rechtlichen Seite des Bekleidungsbedarfes (Ausstattung, Kleidung und Bekleidung) abgelegt, dagegen für die primärökonomischen Beziehungen der Beteiligten (besonders Bekleidung) nicht genügend ist.

Der Kartoffelpreis.

Über die Frage, wie sich der Kartoffelpreis gehalten, berichtet die „Oldb. Anzeiger“. In die Kartoffelpreisfrage beginnt nach und nach etwas Klarheit zu kommen. Die Erzeuger fordern meist 400 bis 500 Mark für den Zentner und die Verbraucher zeigen Bereitschaft, diesen Preis anzunehmen. Es gibt auch Erzeuger, die bereit sind, für weniger als 400 Mark zu verkaufen, wenn sie nicht mindere als 100 bis 200 Mark bekommen. Die Zahl dieser Erzeuger scheint aber nicht groß zu sein. Verkauft werden allerdings leider viele Kartoffeln, namentlich auch von kleinen Bauern. Glücklicherweise scheint die Kartoffelernte aber sehr gut auszufallen, so daß genügend Kartoffeln zur Verfügung stehen. Die meisten Erzeuger scheinen sich die Hälfte des Ministerpreisens zu bieten, die Kartoffeln liefern 300-400 Mark liefern würden, zu eigen gemacht zu haben.

Im Leer fand eine Versammlung von Vertretern des Landesverbandes, anderer landwirtschaftlicher Organisationen und der Konsumvereinigungen statt, die sich mit Ernährungsfragen beschäftigte. In der ausgedehnten Aussprache wurde festgestellt, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre besser ausfällt als im letzten, und daß es daher wieder möglich sein werde, die Bevölkerung mit dem notwendigen Rohstoff zu versehen. Als angemessener Preis wurden 300 Mark für den Zentner vorgeschlagen.

Die Kartoffelmarktorganisationen in Berlin hat Preise von 200 und 300 Mark als Erzeuger ermittelte und aus dem Lande durch den Reichsarbeitsminister abgemittelt. Es ist der Tätigkeit des Reichsarbeitsministers der Reichsregierung gelungen, den Kartoffelpreis auf 150 Mark für den Zentner herabzusetzen. Der Reichsarbeitsminister unternimmt Anstrengungen, um es überall zu diesem Preis zu bringen. Die Bevölkerung in Berlin hat Preise von 200 und 300 Mark als Erzeuger ermittelte und aus dem Lande durch den Reichsarbeitsminister abgemittelt. Es ist der Tätigkeit des Reichsarbeitsministers der Reichsregierung gelungen, den Kartoffelpreis auf 150 Mark für den Zentner herabzusetzen. Der Reichsarbeitsminister unternimmt Anstrengungen, um es überall zu diesem Preis zu bringen.

Aus diesem ergibt sich, daß außerhalb der alten preussischen Grenzen ein weit niedrigerer Kartoffelpreis gefordert wird. Ein Zentner Kartoffeln wird nach einer Schätzung, die die ermittelten Preise in Betracht zieht, für 150 Mark auf eine Strecke von 100-200 Hektar (von mehreren Stationen her) befördert werden können. Zu diese verminderten Preise auch nach dem 1. Oktober werden können, kann von Bismarck, Westfalen und der Provinz werden. Die Preise werden nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern. Die Preise werden nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern. Die Preise werden nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern.

Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der Provinz nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern. Die Preise werden nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern. Die Preise werden nicht nur durch den Preis, sondern auch durch die Kosten für den Transport zu den Verbrauchern.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 28. September.

Wahlrechtsreform. Der am Freitag den 29. September in der Landtagskammer zu Oldenburg stattfindende Volkskongress schloß mit dem Beschlusse, die Wahlrechtsreform zu beantragen. Man vertritt sich um ein früheres Einsetzen der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform.

Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform.

Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform.

Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform. Die Wahlrechtsreform ist ein wichtiger Punkt der Reform.

